

WIRTSCHAFT

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisations- und amtlichen Organ wirtschaftlicher Verbände. Schriftleitung: Dr. Michaelis, G. Bernward-Platz Nr. 246/5, 246/7, 246/8, Persönliche Auskunftserteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unentgeltlich eingesandene Manuskripte (mit Rückporto beizufügen).

Bezugspreis monatlich 2,00 und 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 RM. Für Abnehmer wöchentlich 0,50 RM., Vierteljahrespreis 2,30 RM., durch Postboten ausgestellt 2,70 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,50 RM. — Einzelgen. Preis 15 Pf. im Einzelgen. und 30 Pf. im Belegheft der Württemberg. Hauptverlagsstelle: Dr. Michaelis, G. Bernward-Platz 246/5, 246/7, 246/8. Postfachkonto 2519 (Halle)

Hilfer-Freund von Claus hat keine Zeit, Zeuge zu sein Die kapitalistische Elite

Sie gibt sich im Frankfurter Savag-Prozess ein Stelldichein „Eine Volkswirtschaft mit solchen Methoden ist zum Untergang verurteilt“

Frankfurt a. M., 30. November. (Eigenbericht.) Vor überfüllten Zuschauern und Beifehlenden bot die Montag-Verhandlung im Savag-Prozess das Bild eines großen Tages. Das lebhafteste Interesse galt der Zusagevernehmung der beiden Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft von Claus und Fehr, des Generaldirektors des Allianz-Kongress Dr. Schmitt und den Gutachten der beiden Sachverständigen, der Professoren Kaserer a. M. und Weis. A. M.

Lehrung von so beträchtlichen Summen muß als äußerst bedenklich bezeichnet werden. Am stärksten befiel den Angeklagten Mädie die Bornahme eines erpöckten Gewinns aus einer Transaktion der „Bereinigten Leben“ in Höhe von 80000 Mark kurz vor der Savag-Katastrophe. Mädie erhielt in den Jahren 1924 bis 1928 neben Gehalt und Lantien 385 000 M. an Sondervergütungen, Direktor Schumacher etwa 156 000 M., Dr. Wöbner 104 000 M. Solche häufige Ausschüttung erheblicher Summen muß besonders in Anbetracht der recht hohen regulären Gehalts- und Lantienbezüge der Angeklagten als nicht vertretbar bezeichnet werden. Als besonders verwerflich erschienen die Sondervergütungen angeführt, die bei der Savag üblichen Bewilligungs-, Buchungs- und Zahlungsmethoden. Eine Bewilligung der Sondervergütungen nach dem Aktienrecht hat in einem Falle stattgefunden.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Hoff ist bei jeder Sondervergütung über den wahren Sachverhalt getäuscht worden. Verbuchung und Ausbuchung der Vergütungen verfiel in stärkerem Maße gegen eine ordnungsmäßige Geschäftsführung. Die persönliche Überbringung von Generaldirektor zu Generaldirektor, die wiederholte Ausstellung von Falsch- und Scheinquittungen und die Verbuchung über fingierte Konten belasten die Angeklagten außerordentlich schwer.

Jede Durchführung, die derartig gegen Gesetz, Gewohnheit und Anstand verstößt, ist an sinnvoller Überaus kaumnünftiger Redensartigung. Die Zeuge sind nicht Sondervergütungen, sondern persönlich zu verantwortende Gesandten. Dieses bedeutungsvolle System von Sondermaßnahmen wurde zweifellos zu einer wichtigen Ursache der entgangenen Katastrophe der Savag. Eine Volkswirtschaft, in der solche Geschäftsmethoden üblich werden, ist dem sicheren Untergang verfallen.

Anschließend kommt der Sachverständige Professor Weis zu etwas weniger ungnädigen Feststellungen für die Angeklagten. Er hält die Sondervergütung in Höhe von 385 000 Mark bei einem während fünf Jahre dauernden durchschnittlichen Jahresertrags von 160 000 Mark des Direktors Mädie als nicht überhöht. Die 2 1/2 Millionen Mark Sondervergütungen hätten den Zusammenbruch der Savag nicht verschuldet, weil sie nur 3 Prozent der Vermögenskraft des Unternehmens ausmachten. Die Buchung bezogener Aufträge für Weis als besonders verwerflich. Fortsetzung der Beweisaufnahme Dienstagsvormittag.

Nationalsozialismus will die bürgerlichen Parteien vernichten Wie unverschämt Straßer droht Größenwahnsinnige Anklündigungen und Verhöhnung der Legalität

Breslau, 30. November. (Eigenbericht.) Anlässlich eines nationalsozialistischen Gau-Parteitages für Schlesien sprach der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer in mehreren öffentlichen Versammlungen in Breslau und Brieg. Während Straßer bei den Ausführungen vor seinen Breslauer Zuhörern verhältnismäßig sachlich blieb, schaute er in Brieg, wahrscheinlich weil dort seine Zuhörerzahl im wesentlichen aus Soldaten und Bauern zusammengesetzt war, vor Drohungen in der gewöhnlichen Tonart nicht zurück.

Schließen, unter allen Umständen gefällig und parlamentarisch vorzugeben. Die Weimarer Verfassung bietet dem Nationalsozialismus die volle Gewähr einer friedlichen und geordneten Machtübertragung. Nach Übernahme der Regierung werde allerdings von der Weimarer Verfassung nicht allzuviel übrig bleiben. Eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien lehne die NSDAP ab. Wenn bürgerliche Gruppen sich an einer nationalsozialistischen Regierung beteiligen, die nach der Weimarer Verfassung, d. h. spätestens in einem halben Jahre die Macht zu übernehmen, dann hätten sie sich den nationalsozialistischen Anweisungen zu unterwerfen. Das Zentrum müsse als Leibherr der Macht nur in Frage, wenn es alle internationalen Bindungen aufgäbe. Das Programm der künftigen Regierung lasse sich in drei Schlüsselwörter zusammenfassen: Restlose Auseinandersetzung mit dem Marxismus, Mobilisierung aller nationalsozialistischen Kräfte und Lösung des sozialen Problems.

In Brieg erklärte Straßer beiläufig: „Wenn wir oben sind, werden wir Reichsfeind und Genossen zu Dreck schlagen. Eine Anzahl wird gehängt, die übrigen werden eingesperrt. Dann wird der deutsche Arbeiter einsehen, wie stark wir sind.“
Ueber die heftigen Enthüllungen verlor Straßer kein Wort. Unter ironischem Grinsen meinte er, die NSDAP sei jetzt ent-

Generaldirektor Dr. Schmitt vom Allianz-Kongress erklärte als Zeuge, daß Sondervergütungen im Falle der Savag bei der Allianz nicht vorzukommen könnten.

Auch das frühere Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Herr Fehr bestritt die Berechtigung der Ausschüttung von Sondervergütungen im Laufe des Geschäftsjahres und erklärte kategorisch, daß die Deutsche Bank für besonders günstige Abschüsse niemals Sondervergütungen an ihre Direktoren gezahlt habe. Auch keine der Mitglieder des Verwaltungsrats der Deutschen Bank beim Bezug von jungen Aktien niemals vor dem Publikum bevorzugt worden. Die Deutsche Bank war so funkt und penibel wie möglich.

Auf die Frage, ob er selbst an der Dittropa beteiligt gewesen sei, bei der Deutsche Bank Kredite gegeben habe, erklärte Fehr: „An keiner wie immer gearteten Form!“ Herr Fehr muß jedoch zugeben, daß der Deregnet für Dittropa im Verwaltungsrat der Deutschen Bank, Dr. Bonn, sowohl persönlich an dieser Gesellschaft interessiert war als auch selbständig über die Herabgabe eines Kredites der Deutschen Bank an die Dittropa verfügt hat. In größeren Fällen entschied die Direktorialleitung. In kleineren Fällen — und bis zu 500 000 Mark sind „kleinere Fälle“ — entschied der Deregnet.

Die Frage des Angeklagten Kaserer, ob nicht Dr. Bonn den Kredit im wesentlichen selbst gewährt habe, beantwortete der Zeuge mit der Angabe, daß er sich um Dinge, die nicht sein Ressort betreffen, nur in Direktorallegungen bekenntlich habe.

Rechtlich richtig berührt die Feststellung des Zeugen Fehr, daß die Herren vom Verwaltungsrat der Deutschen Bank nie den Kredit ihrer Bank für sich in Anspruch genommen hätten, weil sie viel zu verantwortungsbewußt gewesen wären. Dem mit starker Stimme vorgetragenen Vorbehalt folgte sofort die Einschränkung: „An allgemeinen und in normalen Zeiten.“ Das frühere Vorstandsmitglied der Deutschen Bank mußte darauf auf Befragen ausdrücklich zugeben, daß in Ausnahmefällen auch die Direktoren der Deutschen Bank vorübergehend in das Gebiet ihrer Bank getreten.

Auf die Frage nach der Verbuchung derartiger Kredite an die Direktoren erklärte der Zeuge wiederholt mit Seitenhieben: „An der Deutschen Bank gab es nie geheime Konten oder Verschleiervorgängen irgendwelcher Art.“ Auch in der Verbuchung derartiger Kredite sei es der Deutschen Bank nicht eingefallen, ihre Direktoren irgendwie zu bevorzugen.

In der Radmitteilungsgang ermittelten die beiden Sachverständigen ihre Gutachten über die Frage der „Sondervergütungen“. Professor Dr. Kaserer a. M. führte aus:

„Eine Sondervergütung für einzelne glückliche Transaktionen im Laufe des Geschäftsjahres liegt dem Vorstand grundsätzlich nicht zu.“

Auch ohne spezielle Entgelte muß er seine volle Kraft dem Unternehmen widmen und darf nicht neben Gehalt und Lantien als Vermittler Privatansprüche aus den Umständen erheben. Die wichtigsten Wirtschaftswegungen, die diesem Sondervergütungen ganz unbekannt und werden streng abgelehnt. Auch im Berücksichtigungswesen sind Sondervergütungen nur in ganz wenigen Ausnahmen nachweisbar. Die Zahlung von maximal 36 000 M. in den Fällen „Bica“ und „Berlin-Gründer“ an Herrn Direktor Mädie sind für ehrenamtliche und gefaltliche Dienste mindestens stark überhöht.

Auch die Abwertung von einer halben Million, also eines Viertel des Gesamtvermögens bei der Auflösung von Versicherungspolice der Savag an die Röhling-Bank, von denen Mädie allein 110 000 M. erhielt, ist keineswegs vertretbar.

Die in kurzen Zwischenräumen sich häufig wiederholende Aus-

Lügen des „Völkischen Beobachter“ Münchener Verleumder Die Hitler-Partei in heller Verzweiflung

München, 30. November. (Eigenbericht.) In der Absicht der Verbauelung des hochverräterischen Komplotts in dessen Montagsgabe einen Plumpen Schwindel über die letzte Tagung des Bundesauschusses des Reichsbanners.

Er behauptete, daß auf Veranlassung der Sozialdemokratischen Partei der Bundesauschuss eine letzte große Verzweiflungsaktion gegen den Nationalsozialismus beschlossen habe. An dem Beschluß hätten alle Prominenten des Reichsbanners und die führenden Köpfe der SPD aus dem ganzen Reich am 21. November in Magdeburg mitgewirkt. Zur Glaubhaftmachung dieser Lüge veröffentlicht das Hitler-Organ in einer Zustimmung, die den Vorlaut des Beschlusses vorklugsen soll, folgendes Ergebnis der Konferenz:

„Die einzige praktische Möglichkeit, die legale Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu verhindern, besteht darin, die Partei bzw. deren Untergliederungen in einzelne Personen zu illegalen Handlungen zu verleiten und aufzureißen, um die Plattform zu gewinnen für ein erfolgreiches gezieltes Vorgehen gegen die Nationalsozialistische Partei. Im dies Ziel zu erreichen, ist es nimmer genugmäßig geworden, daß jedes der SPD zur Verfügung stehende und irgendwie glaubhafte Mittel strapuzlos in dem Kampf zur Abwehr und zum Angriff einzusetzen. Der bisherige Verleumdungsprozess gegen die NSDAP muß als sofort in gewaltig verstärktem Maße und nimmer nach einseitigen Kräften und entsprechenden Richtlinien zur Durchführung kommen.“

Der Bundesrat beauftragt den Bundesvorstand, die Initiative dazu zu ergreifen. Eine bis jetzt ohne Beispiel dastehende systematische Hege gegen die Nationalsozialisten in der uns zur Verfügung stehenden Presse muß bis zur Siegesende aufrechterhalten, während andererseits durch die Manipulation der Sozialdemokratie in den Ländern eine Welle fast bedauerlicher Unterdrückungs- und Vollzugsmaßnahmen das Ährig zum Welingen des Resttreibens gegen die NSDAP beitragen wird. Bei dem

großangelegten Verleumdungsprozess kann der Phantasie und Erfindungsgehalt weitester Spielraum gebührt und braucht vor keiner Lüge im Interesse unserer Sache zurückgeschreckt zu werden. Die Finanzierung der Kampagne ist sichergestellt. Um die bis herige enge Zusammenarbeit mit Frankreich zu verlieren, werden einige Resultate nach Paris entlobt (sie sind schon dort eingetroffen).

Diese infamen Behauptungen tragen den Stempel der verurteilten Lüge offen an der Stirn. Dazu kommt, daß in dem vom „Völkischen Beobachter“ dazu geschriebenen Kommentar logar der Versuch unternommen wird, ohne Rücksicht auf Zeit und Umstände den Fall stellen bereits mit dem angeblichen Magdeburger Beschluß zu erklären. Dabei wird behauptet, daß Dr. Schöber im Dezember vorigen Jahres in die nationalsozialistische Bewegung hineingekipelt wurde, um Beschäftigungsmaterial zu besorgen, zu dem er selbst die Anregung gab. Unter diesen Umständen kann kein Zweifel bestehen, daß das Hitler-Blatt diese Verleumdungsstrid erlunden hat, um die eigenen Parteianhänger zu betriegen und ihnen den wahren Zusammenhang der Dinge zu verschleiern.

Die Notverordnungspläne Fertigstellung vor den Döseler Verhandlungen?

Die Reichsregierung beabsichtigt ihre neuen Notverordnungspläne bis Ende der Woche fertigzustellen. Die Verordnung soll die Festbehörden in den öffentlichen Haushalten decken, will aber auch durch Preis- und Lohnsenkung in das private Wirtschaftsleben eingreifen. Die Verhandlungen im Reichspatent haben erst am Montag begonnen. Soweit Nachrichten vorliegen, sind bestimmte Pläne, die bereits gezeichnete und endgültige Gestalt angenommen haben, noch nicht vorhanden. Es dürfte deshalb sehr zweifelhaft sein, ob die Absicht, die neue Notverordnung bis zum 2. Dezember, dem Tage des Zusammentritts des Stillehalte-Komitees in Dösel, fertigzustellen, gelingen wird.

Imritzen und unheimlich sind bisher die Pläne der Reichsregierung, die in das private Wirtschaftsleben eingreifen sollen. Richtlinien für diese Maßnahmen sind die Ziehen des Wirtschaftsbetrags, die die Gemerktschaft aller Richtungen neben ihrer Einseitigen, gegen die Lohn- und Gehaltssteigerung gerichteten Tendenz auf das härteste bekämpft haben.

Solange Volkswissen nicht niedergedrungen, gibt es keinen Sieg der Arbeiterklasse

Verbrechen der KPD-Führer

Ein wahnsinniger Aufruf Ernst Thälmanns und Heinz Neumanns

Dolchstoß statt Einheit!

Die politische Entscheidung in Deutschland fällt zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der KPD. Es kämpft die Partei der Freiheit, des Rechts, der Menschlichkeit gegen die Partei der Bestialität, der Diktatur und der Sklaverei. Die Sozialdemokratie ist das Bollwerk, das sich dem Faschismus in den Weg stellt. Die Faschisten bemühen sich, möglichst viele bürgerliche und kapitalistische Kräfte gegen die Sozialdemokratie zu sammeln. Ihr hat von jeher der Haß der Schamfarnier gegolten, denen noch jeder Bundesgenosse gegen die Sozialdemokratie recht gewesen ist, gegen die sie selbst die Kommunistische Partei willkommen geheißen haben. Die faschistische Partei des Herrn Hitler ist das Instrument des Schamfarniers gegen die Sozialdemokratie.

Die Faschisten wollen, daß die Sozialdemokratie der Ausdruck des Willens der Massenbewegung der Arbeiterklasse ist, Recht und Freiheit und die Grundzüge des Aufstiegs zu erlangen und zu behaupten, der Ausdruck der sozialistischen Willens zur Überwindung des kapitalistischen Systems, der Begriff der Kampferfahrungen der deutschen sozialistischen Arbeiterklasse von drei Viertel Jahrhunderten.

In diesem großen Zweikampf von geschichtlicher Bedeutung erhebt die Kommunistische Partei den Ruf: Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind!

Ihre Agitation, ihre Propaganda zielt nicht gegen den Faschismus, sondern gegen das Bollwerk gegen den Faschismus. Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat einen Aufruf gegen die Sozialdemokratie veröffentlicht, und der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, hat dazu einen Aufruf geliefert, der ein Konzentratprodukt der Wahnsinnstatistik des Heinz Neumann ist.

Dieser neue agitatorische Vorstoß gegen die Sozialdemokratische Partei geht unter dem Schlagwort „Einheitsfront“. Die Einheit, die sie meinen, besteht darin, daß sie das Bollwerk gegen den Faschismus zerbrechen wollen.

Diese Einheit geht aus von dem idiotischen Satz, daß Brüning gleich Hitler und Brüning gleich Hitler sei.

Sie wollen allen Ernstes die Sozialdemokratie schwächen, damit der Faschismus umso sicherer an die Macht gelangt. Sie wollen den Arbeitern einreden, daß die Voraussetzung zum Kampf um Freiheit, Recht und Aufstieg die Getrennung der Freiheit und des Rechts und der Kampfpositionen der Arbeiterklasse wäre. Sie vertreten die These, daß man, wenn man den Faschismus bekämpfen wolle, ihn liegen lassen müsse.

Sie haben noch nicht genug gelernt vom Regime Stogges in Braunschweig, sie haben nichts gelernt aus den Bogheimer Blut-

dokumenten. Wenn wollen sie einreden, daß alles, was nach dem Zeugnis der Bogheimer Blutdokumente die Nationalsozialisten planen, nicht schlimmer ist, als das, was unter Goering in Preußen ist? Sie würden der tollsten Niederlagenstrategie, die von dem Scheitern ausgeht, daß die Vorbereitung des Sieges die Niederlage sei.

Sie legen die Politik des Bündnisses mit dem Faschismus im Volksgedächtnis und Wreden konsequent fort. Und das nennen sie dann „Einheitsfront“!

Sie wollen die deutsche Arbeiterbewegung in die Situation hineintreiben, in der sich die italienische Arbeiterbewegung unter der Herrschaft des Faschismus befindet — hat der Zerfallstatistik, die die Kommunisten in der italienischen Arbeiterbewegung betrieben haben. Die Kommunistische Partei hat durch ihre Wahnsinnstatistik gegen die Interessen der Arbeiterklasse des Faschismus stärkste Antriebe gegeben. Sie ruft heute Einheitsfront, obgleich ihr wahres Ziel die Zerstückelung der Einheit der Arbeiterklasse ist. Sie hat systematisch verhindert, daß dem Vordringen des faschistischen Bürgertums eine wirkliche Einheitsfront in den Parlamenten entgegengelegt werden konnte.

Es gibt keinen größeren Haß auf die Interessen der Arbeiterklasse, als dieser angebliche Einheitsaufruf, dessen Ziel die Schwächung der Arbeiterfront gegen den Faschismus ist!

Die Kommunisten rufen jetzt nach „Massenaktionen zur Winterhilfe“. Unter der Herrschaft der Bogheimer Faschisten, unter der Diktatur des Hungers und der faschistischen Verbrechen wird es keine Massenaktionen für Winterhilfe geben! Während die Sozialdemokratische Partei mit zweifelhafte Mitteln auf die Winterhilfe hinwirft, will die Kommunistische Partei die Möglichkeit und Voraussetzungen einer wirklichen Winterhilfe zerlegen!

Zwischen diesem Kampf gegen die Sozialdemokratie und der neuesten kommunistischen Propaganda in Sowjetrußland besteht ein auffälliger Unterschied. Während täglich in Sowjetrußland durch die Rundfunkpropaganda über die Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen den Faschismus und ihren Abwehrkampf objektiv berichtet wird, schreit die Kommunistische Partei in Deutschland: Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind!

Wir vertrauen darauf, daß die deutsche Arbeiterklasse das Wahnsinnige der kommunistischen Zerstückelungstaktik erkennen wird.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden selbst den wahren Wert dieses angeblichen Einheitsaufrufs erkennen. Sie werden noch fester als zuvor zur Sozialdemokratischen Partei stehen, in dem festen Bewußtsein, daß sie das Bollwerk gegen den Faschismus ist!

Wenn der Fleischbeschauer des „Dritten Reiches“ reißt

Münchmeyer im D-Zug erster Klasse

Der Fleischbeschauer des „Dritten Reiches“, der Nazi-Reichstagsabgeordnete Münchmeyer, macht wieder einmal in unliebsamer Weise von sich reden. Dieser Tage benutzte er in Begleitung einer Dame den D-Zug Düsseldorf-Essen. Beide fuhren 1. Klasse, ohne daß die Dame jedoch im Besitz einer entsprechenden Fahrkarte gewesen wäre. Sie wurde deshalb in Essen durch den zuständigen Schaffner dem Bahnhofsvorstand vorgeführt. Münchmeyer begleitete sie. Der Zug war bereits mit dem betreffenden Schaffner weitergefahren, als Münchmeyer seinem Herrn Luft

machte und in Gegenwart des Bahnhofsvorstehers äußerte: „Der (Schaffner) ist Scheinbar auch einer von den roten Bonzen, von den Dummen, die nicht alle werden.“

Am „Dritten Reich“ darf der Fleischbeschauer Münchmeyer seine weiblichen Schaulustigkeiten selbstverständlich gratis in der 1. Klasse mitführen. An der Republik hat er jedoch zu zahlen wie jeder andere. Da ihm das nicht paßt, beschimpft er pflichttreue Beamte, wie man es von einem Repräsentanten des „Dritten Reiches“ nicht anders erwarten kann.

Disziplinarergesetz für Studenten

Notwendige Reformen in Preußen

Das preußische Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung den vom Kultusminister Grimm vorgelegten Entwurf eines neuen Disziplinarergesetzes für die Studenten angenommen. Der Entwurf wird heute noch dem preußischen Staatsrat zugestellt.

Das geltende Disziplinarergesetz stammt aus dem Jahre 1879 und ist ein Teil des großen antiautoritären Unterrichtsereignisses, welches der damalige Kultusminister Fall durchzuführen wollte. Das Unterrichtsrecht liegt unter den Fingern der Hochschulen liegt nur das Disziplinarergesetz für die Studenten übrig. Dieses Gesetz ist in wesentlichen Punkten überholt und bedürfte schon seit langen Jahren der Reform. Die Kargerkräfte gilt formell auch heute noch; sie ist insofern auf eine sehr deutliche Aufforderung des Genossen Hähnlich, der von 1918 bis 1921 in Preußen Kultusminister war, praktisch nicht mehr verhängt worden.

Andere Mängel des geltenden Gesetzes betreffen die Rechtsstellung eines Angeklagten, der sich bisher weder einen Verteidiger nehmen noch an eine Berufungsinstantz appellieren konnte. Der Universitätsrichter war gleichzeitig Staatsanwalt, Untersuchungsrichter und Richter, eine nach modernen Rechtsbegriffen unmögliche Stellung.

Die Reformarbeiten für das neue Gesetz begannen schon 1919, sie sind nicht früher zum Abschluß gekommen, weil man die Kämpfe um die studentische Selbstverwaltung abwarten. Ursprünglich wollte man die Studenten an der Ausübung der Disziplinarergesetz als Richter beteiligen; der Zusammenbruch der studentischen Selbstverwaltung vereitelte dieses Bemühen. Die unerfreulichen Vorgänge im Lauf der letzten Jahre an einer Reihe von Hochschulen haben die Hochschulverwaltung veranlaßt, das neue Gesetz jetzt vorzulegen.

Der Entwurf stellt der Disziplinarergesetz die Hauptaufgabe, Behr- und Lernfreiheit zu schützen. Der Universitätsrichter (jetzt Universitätsrat) wird als Richter ausgebildet; er vertritt künftig die Anklage und führt die Ermittlungen. Rarger und Selbstverwaltung sollen als Strafen fort; es bleiben der öffentliche Verweis, Nichtanerkennung des Semesters, Entzerrnung von der Hochschule, Ausschluss vom Studium! In künftigen Verhandlungen zwischen den Kultusministerien der deutschen Länder wird gegenwärtige Anerkennung der ausgesprochenen Strafen zu vereinbaren sein. Der Minister hat das Recht, die Einleitung eines Disziplinarverfahrens anzuordnen. Der Student darf sich einen Hochschullehrer als Verteidiger nehmen.

Bisher war für die beiden schwersten Strafen der Minister

Berufungsinstantz; der Minister verzichtet darauf und behält sich lediglich das Recht vor, im Gnadenwege eine verhängte Strafe zu mildern oder aufzuheben oder Bewährungsfrist zu gewähren. Die Berufungsinstantz wird eine Berufungsinstantz neu gebildet, die aus einem vom Minister bestellten Vorsitzenden und zwei Professoren besteht.

Ueber die Grundzüge des Gesetzes ist mit den Rektoren und Verwaltungen der preußischen Hochschulen Einverständnis erzielt worden.

Die Nordbanditen am Werk

Ein Amtsvorsteher von SA-Leuten niedergestochen

Magdeburg, 30. November. (Eigenbericht.) Im Eisenort, einem Dorfe zwischen Schönebeck und Staßfurt, verübten die Nazis in der Nacht zum Sonntag eine schwere Mordtat. Sie setzten das ganze Dorf unter Terror und Schrecken und schlugen 8 Männer und eine Frau nieder, darunter den Amtsvorsteher Klingenstein, der Sozialdemokrat ist. Klingenstein und der Lagerhalter des Konsumvereins Seiler mußten schwerverletzt ins Schönebecker Krankenhaus geschafft werden. Seiler hat fünf Dolchsteiche erhalten.

Der Nazistat ist die Mannmächtigkeit anzusehen. Reichsbanner, Partei und Frauengruppe hatten einen Himmler „Am Becken nichts Neues“ veranstaltet. Zu gleicher Zeit hatten die Nazis in einem anderen Dorfe einen Unterhaltungsabend. Dazu waren SA-Leute der umliegenden Ortsgruppen herangezogen worden. Nachdem die Reichsbannerleute ihren Referenten nach 12 Uhr zur Bahn begleitet hatten, begann der Mordanschlag.

Nazifolken in Stärke von 40 bis 80 Mann fielen über einzeln gehende Republikaner her,

Putschpläne in Budapest

Verraten und rechtzeitig verhindert

Budapest, 30. November. (Eigenbericht.)

Die Polizei hat nach zahlreichen Hinweisen bei mangelhaften Elementen festgestellt, daß in der Nacht zum Sonntag ein Putsch unternommen und die Miltärdiktatur in Ungarn ausgerufen werden sollte. Alle erforderlichen Vorbereitungen dazu waren getroffen. Durch Verrat erhielt die Polizei von den wichtigsten Kennern und schritt zu zahlreichen Verhaftungen. Unter den festgenommenen Personen befinden sich zahlreiche hochrangige Letztinstanzisten aus der höchsten Anstaltszeit des ungarischen Schreckens.

Das sozialdemokratische Organ in Budapest wurde wegen einer Besprechung der Putschpläne konfisziert.

Noch keine Völkereinstimmung

Im deutsch-japanischen Konflikt

Paris, 30. November. (Eigenbericht.)

An der Regelung des deutsch-japanischen Konflikts durch den Völkereinstimmung sind nach zweitägigen Beratungen noch keine Fortschritte erzielt worden. Es türmen sich im Gegenteil bei der Abfassung des Wortlauts der Entschließung immer neue Schwierigkeiten auf, die durch die Forderungen der Chinesen und Japaner hervorgerufen werden, besonders durch die Forderung Japans, Völkereinstimmungen gegen das Banditentum treffen zu können, was bedeutet, daß Japan jede Verpflichtung, die Feindseligkeiten sofort einzustellen, ablehnt.

Best-Praxis in Estlin

Ein Nazimann als Bürgermeister mißbraucht sein Amt

Estlin, 30. November. (Eigenbericht.)

Der keilvertreibende Bürgermeister von Estlin, ein Nazimann, hat am Sonnabend das Verbrechen, die Partei und des Reichsbanners für drei Monate schließen lassen. Der Bürgermeister erklärt, daß nach dem amtlichen Polizeibericht alle Ausschreitungen von dem Parteistatist ihren Ausgang genommen hätten. Außerdem habe der Bier vor dem 9. November Fensterläden anbringen lassen und das beweise, daß er gewußt habe, daß das Reichsbanner gewalttätige Maßnahmen vorbereite!

In Wirklichkeit lag kein amtlicher Polizeibericht etwas ähnliches wie der Nazibürgermeister behauptet. Die Fensterläden sind abgerückt worden, nachdem die Einwohner der umliegenden Häuser erklärt hatten, sie würden geflüchten, wenn in dem Lokal Festlichkeiten stattfänden.

Der wahre Grund für das Vorgehen dieses „Parteiuch-beamten“ ist, daß das Reichsbanner in Anbetracht der gespannten Verhältnisse sich in dem Lokal häufig versammelt und für Sonnabend und Sonntag eine Zusammenkunft der Funktionäre vorbereitet habe. Ein sofortiger Protest bei der Regierung in Estlin erreichte die Verschiebung des Verbrechens auf Montagmittag 12 Uhr.

Eine illegale Versammlung?

Von der schlesischen Landestripolizei aufgehoben

Freiburg (Schf.), 30. November. (Eigenbericht.)

Am Sonntagvormittag fand in Freiburg (Schf.) eine angeblich kommunistische Konferenz von Bauarbeitern statt, die von Vertretern aus ganz Mittelschlesien besucht war. Nach Vertreter der kommunistischen Zentrale in Berlin waren anwesend. Die Landestripolizei in Breslau hatte jedoch Kenntnis davon erhalten, daß es sich nicht um eine Konferenz der Bauarbeiter, sondern um eine solche der mittelschlesischen Funktionäre des verbotenen Rotfrontkämpfer-Bundes handelte. Auf Anordnung der Landestripolizei wurde daher die Konferenz aufgehoben. Die Teilnehmer wurden von dem aus Waldenburg herbeigerufenen Ueberfallkommando verhaftet. 11 der Verhafteten wurden dem Gerichtesgefängnis in Waldenburg, 82 dem Schweißniger Gerichtesgefängnis zugeführt.

Weniger Elektrizitäts-Dividende

Der Abschluß der rheinisch-westfälischen Werke

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) legt seine Dividende von 10 auf 5 Proz. herunter. Der Ueberfluß hat sich von 26,45 Millionen Mark auf 11,26 Millionen Mark vermindert, jedoch sind von diesen Ertragsmitteln bereits 6,85 Millionen Mark zurückgestellt worden, die als Sonderabreibungen bezeichnet werden. Die regulären Abreibungen haben sich um 1 Million Mark auf 26,40 Millionen Mark erhöht. Der Gesamtumsatz des Konzerns wird mit 3,25 Milliarden Reichsmark angegeben gegen 3,5 Milliarden im Vorjahr. Seit der Ruhrbesetzung ist damit zum ersten Male ein Umlaufgang eingetreten.

Großfeuer in Löffin

Schwerin, 30. November. (Eigenbericht.)

Ein Großfeuer wütete am Montagmorgen in der mecklenburgischen Stadt Löffin. Fünf Wirtschaftsgelände, die mit großen Vorräten an Korn gefüllt waren, wurden durch das Feuer vernichtet. Es wird angenommen, daß das Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen ist.

Dezembermonat — Notmonat!

Nicht nur Menschen haben ein Gesicht, haben Ausdruck, Gebärden; nein, alle Dinge, alle Erscheinungen bilden uns mit eigenen Augen an — das heißt, wir erleben sie als Symbole unserer Empfindungen und Gedanken. Auch Tage, Wochen, Monate haben ihr besonderes Antlitz. Monate gibt es voll leuchtender Sonne, Monate trübseliger, Monate gibt es mit rotem Fahren — ist es der zukunftsreiche Mai, der Monat des Aufstiegs der Arbeiterklasse, ist es der finstertümmelnde November, der Monat der proletarischen Revolution. Alle Monate haben ihr eigenes Gesicht.

Dezember! — Er ist der Monat des offiziell beglaubigten Winters. Er ist jener Monat, in dem die Tage kurz und die Nächte lang werden und die Sonne mit verglasten, glühenden Augen als trübe Lichtfunzel am Himmel hängt. Dezember ist der Monat der Not. Wenn der Mensch „Dezember“ denkt, stellt er sich wohl immer ein frierendes kleines Mädchen vor, das an einfacher Strickhose im eisigen Schneewind Streichhölzer verkauft — wie in Anderens Märchen. . . .

Und dieser Winter par! Da schreitet das Gland immer matter über die Erde und Verzweiflung nistet sich in viele Herzen ein. Furchtbare Not verhillt diesmal sogar den schimmernden Glanz des kommenden Weihnachtsfestes — des Festes der Freude! Gerade im Weihnachtsmonat rüsten die Geschäftsleute in besonderem Maße und tüchtigen miteinander an bräunlichen Anzügen. Und bevor steht der arbeitslose Proletarier, die hungrende Arbeiterfrau, das Arbeiterkind mit den abgehenden Augen — und messen ihre Armut ab. Dieser Dezember enthielt am schärften und härtesten, wie tief die Kaufkraft des Arbeiters, des Angestellten, des kleinen Beamten gesunken ist. Von allen Seiten dringen die Geldfluten auf sie ein, und sie müssen allzuoft mit leeren Händen abwarten — obwohl sie Verge von Waren gebrauchen könnten.

Angesichts dieser Not wird die Ansicht breiter, die den Dezember mit feiner Vorweihnachts- und Weihnachtsfreude als die „Romantik der kalten Jahreszeit“ bezeichnen, völlig sinnlos. Dieser Monat macht in unseren Tagen alles Leid, alles Chaotische einer „christlichen“ Weltordnung ansichtbar. Und was lehrt darum der Dezember den Proletarier, den arbeitenden Menschen? Spürbarer erkennt er gerade in diesem Monat die Ausbeutung. Um so härter aber muß auch der Wille werden, diese Armut und Bedrückung zu beseitigen. Warum hilft uns der Notmonat Dezember zur Erkenntnis: Zusammen schlüsseln und Romantik! Insofern kann uns sogar der düstere, sonnenscheinlose Dezember eine Licht-Bootsfahrt bringen. . . .

Großer Kaufschiffsmangel aufgedeckt

Schon seit einiger Zeit bemerkte die Polizei, daß in Halle und Umgebung ein umfangreicher Kaufschiffsmangel blühte. Nach langen Ermittlungen scheint jetzt die Aufklärung unmittelbar bevorzustehen. Bei mehreren Personen, die im Verdacht standen, an dem Schmuggel beteiligt zu sein, wurden dieser Tage große Mengen Kokain und Morphin beschlagnahmt. Der Wert dieser Waren beträgt etwa 500 bis 600 RM. Der Besitzer dieser Kaufschiffe hatte diese in einer hallischen pharmazeutischen Fabrik geholt. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint es, als ob es sich bei dem Schmuggel um einen größeren Personenkreis handelt. Einer der Beteiligten verstarb auch Veronal.

Fusion in der hallischen Metallindustrie

Die Aktien-Gesellschaften Hallische Maschinenfabrik, Wegelin & Hübener und Sangerhäuser Maschinenfabrik sollen zusammengelegt werden

Der ungefähre einem Jahre wurde in der hallischen Presse das Gerücht demeritert, daß zwischen den beiden größeren Betrieben der heimischen Metallindustrie Hallische Maschinenfabrik und Wegelin & Hübener eine Fusionsoption bestanden. Zur Zeit würde ein solches Gerücht nicht mehr bemerkt werden können, denn über den bloßen Zustand der Ermögungen sind die Fusionsoptionen jetzt hinausgelangt. Einzugelassen ist noch ein drittes Unternehmen, die Sangerhäuser Maschinenfabrik in Sangerhausen. Wenn nun früher oder später dieser Zusammenschluß der drei Werke erfolgt, so darf man aber beileibe nicht annehmen, daß hier eine Konzernbildung erfolgt, die dem Anlauf zu vergleichen ist, der eine Aufwärtsbewegung einleitet, die größer sein wird, als die Betriebe einzeln für sich hätten nehmen können. Nein! Er ist weiter nichts als eine Notmaßnahme auf Grund des immer mehr schrumpfenden Wirtschaftsprozesses. Beträgt doch z. B. bei der Hallischen Maschinenfabrik die Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten zur Zeit nur 20 bis 25 Prozent. Da unter solchen Umständen die Untoten im Vergleich zu den anderen Aufwendungen im Produktionsprozeß eine schwindende Höhe erreichen, würden die von den Banken verlangten Kredite faktisch nur dazu dienen, den bestehenden Produktionsapparat zu erhalten. Sie würden voraussichtlich auf mehrere Jahre einfristen oder — wenn sich die Werke auch später nicht von der Krise infolge besonderer Umstände erholten — überhaupt verloren sein und die geldgebenden Banken selbst in Gefahr bringen. Der Fall der Sangerhäuser Werke (Bülsdorf) ist dafür ein sprechendes Beispiel.

Die Banken sind also bei den Fusionsoptionen der aktive Teil, und da die genannten drei Werke im Augenblick sich in starker Abhängigkeit von den Banken befinden — das kann sich sogar der Lage in Finanzfragen an den fünf Fingern ablesen, wenn er nur die allgemeinen Verhältnisse der einzelnen Werke kennt —, so werden sie wohl dem Druck der Kreditgeber nachgeben müssen.

Neben allgemeinen strukturellen Veränderungen in der Metallindustrie, die zu dieser Notmaßnahme drängen, gibt es auch noch besondere Ursachen, die hier kurz erwähnt werden sollen. Hallische Maschinenfabrik und Sangerhäuser Maschinenfabrik haben einen ziemlich einseitigen Produktionszweig, der bis nach dem Krieg eine volle Ausnutzung ihrer Anlagen gewährte. Sie stellen fast nur Maschinen her, die der Zuckergewinnung dienen, sei es die aus Rohrzucker in Uebersee, sei es die aus Rübenzucker in Europa. Als in den letzten Jahren immer mehr in der gesamten Welt herbeiratet, daß der Verbrauch von Zucker nicht Schritt hielt mit der Erstellung neuer Maschinenanlagen zu seiner Gewinnung, machte sich das natürlich in stärkstem Maße bei den beiden Unternehmen in Rücksicht von Bestellungen bemerkbar. Einen Ausgleich in der Fertigung anderer Produktionszweige, die ihnen bisher fehlten, konnten sie auch nicht sofort schaffen. Dazu hätten sie stärker finanzielle Mittel bedurft. Sie einigten sich daher auf eine bestimmte Abgrenzung ihrer Geschäfte, um sich nicht gegenseitig totalruinieren. Aber auch diese Maßnahme half nur kurze Zeit. Die Welt ist mit Zucker so gut versorgt (wir kriegen ihn nur nicht), daß die vorhandenen Vorräte vielleicht ein ganzes Jahr zu reichen würden. Auf Neuanlagen ist deshalb vorläufig nicht zu rechnen. Alle Aufträge werden sich mehr auf Reparatur und Erhaltung der bestehenden Anlagen beziehen. So sehen die beiden Werke einer noch schwereren Zeit entgegen, als sie bisher zu konstatieren war.

Anderes liegen die Verhältnisse bei Wegelin & Hübener. Hier sind die Produktionszweige viel mannigfaltiger, und dem Werk ist es gelungen, sogar in der schwersten Krisenzeit vom Herbst 1925 bis 1926 einen Ausgleich zu schaffen. Trotzdem befindet sich auch dieses Unternehmen zur Zeit in starker Abhängigkeit von den Banken, denn es hat erhebliche Verluste durch seine Geschäftsverbindung mit der Oskar-Rohorn-Gesellschaft erlitten. Schon seit 1920 gab die Oskar-Rohorn-Gesellschaft, die damals ihren Sitz in Chemnitz hatte, mit einem Zweiggeschäft in Wien, das selbst produzierte, von Zeit zu Zeit Aufträge in Maschinen für die Kunstseideindustrie in Bestellung. Im Winter von 1928 zu 1929 schloß nun die Rohorn-Gesellschaft mit Sowjetrußland im Rahmen des Fünfjahresplanes ein fünfjähriges Abkommen, wonach sie ihre Erzeugnisse in der Kunstseideproduktion — sie war Inhaberin der Patentrechte auf die Maschinen — zur Verfügung stellte. Sie erhielt den Auftrag auf Einrichtung mehrerer Fabriken zur Herstellung von Kunstseide. Dabei stand die Rohorn-Gesellschaft in Konkurrenz mit

Katastrophen- oder Vernunftpolitik?

Ueber dieses Thema spricht am Donnerstag, dem 3. Dezember, abends 8 Uhr, in einer großen

Massen-Kundgebung

im „Volkspark“, Burgstraße 27, Reichstagsgeb.

S. Aufhäuser (Berlin)

faschistische Putschpolitiker sind am Werke!
Das Volk wird mit Terror und Erschießen bedroht!

Partei-, Gewerkschafts-, Sportgenossen u. Reichsbannerkamerad, sorgt für eine wuchtige Kundgebung

Schon beim ersten Zug erkennen Sie, warum

warum JOSETTI JUNO

Deutschlands meistgerauchte Cigarette %M. ist.



6 STÜCK 20³ VOLLE GARANTIE FÜR UNVERÄNDERTE GÜTE UND GRÖSSE

Merseburg

Streikendes. Das Vollgelatete Werksberg stellt mit: Im Einvernehmen mit der Kommunisten für Werksberg, Rad und Sand ist es den Werksberg, die einen Arbeiter zum Verkauf ausgeben, gestattet, ein besonderes Streikende — Krawall — zu führen. Das Krawall, eine rote Scheibe mit weissen Kreuz und der Aufschrift „Krawall“ ist gut sichtbar an der Windschutzscheibe zu befestigen. Diese bei bestimmten gefährlichen Anlässen sind berechtigt zum Gehen auf allen Straßen und Plätzen, also auch auf Straßen mit Verbot. Für die Befestigung gelten also nicht die Vorschriften über bestimmte verbotenes Gehen in den engen Straßen der Innenstadt. Im Interesse der Krankenfürsorge wird das Publikum gebeten, auch jenseitig jedwellige Rücksicht zu nehmen.

Verkehr Einbruch. Einbrecher verhaften in der letzten Nacht gegen 1.30 Uhr bei dem Kaufmann Geißamp, Obere Breite Straße, einbrechen. Es waren im Begriff, in die Geschäftsräume einzudringen, als der Besitzer durch das Geräusch erweckte. Die durch das Einbrechen verletzten Einbrecher wurden festgenommen, ohne etwas mitzunehmen.

Bei der Werbung des durch freies Verpfändungsgesetzten Ernst Schmeier verurteilten gegen die Kommunisten eine Demonstration durchzuführen. Wiederholt mußte die Polizei einschreiten, um den Zug aufzulösen.

Einbrecher, nach dem Aufbruch mußten es mehrere gewesen sein, drangen in die Gemütsklinik „Koffhäuser“ ein. Durch Einbrüche gegen den Fensterbeschlag stiegen sie in das Innere des Gebäudes, um die sämtliche Bestände durchzuräumen. Ihre Beute war dennoch gering, sie hatte ungefähr den Wert von 20 RM.

Korbhüte. Spotten über die Wahl ... Bei den Wahlen zur Landtagskommission wurden von 45 Wahlberechtigten 32 Stimmen abgegeben. Alle 32 Stimmen lauteten auf den Wahlvorschlag Dr. Wendenburg (KPD). — Diese Wunden! Erst denational, dann Deutsche Landvolkpartei und jetzt KPD. Die meisten der Wähler sind Mitglieder des Landvolkes. Sie rebellieren so gegen ihre eigene Meinung.

Erbschaft. Die Erbschaft des Oberstleutnants nach einer beim Regimentspräsidenten in Merseburg geführten Erbschaft sollen hier nicht weniger als vier Verheiratete abgebaut werden.

Kreis Querfurt

KPD, Reinsdorf a. L.

Mittwoch, den 2. Dezember, 20 Uhr, im Lokal „Gemeindehaus“ zu Reinsdorf die zweite Zusammenkunft der sozialistischen Anhänger statt. Parteiführer Paul Kampf (Merseburg) sprach über: „Die nationalsozialistische Bewegung gefährlich.“ Die letzten Worte der Mitglieder der KPD, der freien Gewerkschaften und der Arbeiterpartei eine Erklärung, welche nicht. Außerdem kann in der Veranstaltung Rechtsanwaltschaft eingeholt werden.

Die Winterarbeiten, an Säuglingswaisengärten im Monat Dezember finden in den nachstehenden Ortschaften des Bezirkes Reinsdorf an folgenden Tagen statt: 2. Dezember, 10 Uhr, in Reinsdorf; 4. Dezember, 14 Uhr, im Gemeindehaus, Braunsdorf; 8. Dezember, 10 Uhr, in der Schule für die Drie Braunsdorf, Bebra und Eberstadt; 11. Dezember, 14 Uhr, in der Schule für Altmühl und St. Michael-St. Ulrich, Empsa-Bühlensdorf; 15. Dezember, 10 Uhr, in der Schule, Wilsdorf; 18. Dezember, 14 Uhr, im Pfarrhaus, Stöbzig; 22. Dezember im Gemeindehaus, Jauland.

Mädchen. Vom Standesamt wurden im Monat November 8 Geburten (5 weiblich, 3 männlich), 4 Eheschließungen und 4 Sterbefälle (weiblich) verzeichnet.

Taalkreis

Bergarbeiter für Fortführung von Raxa-Berein

Gründers. Am Sonntag fand hier die Jahresabschlussversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands statt. Nachdem der Vorsitzende der Raxa-Berein im Laufe des Jahres verstorben und verunglückten Mitglieder gebildet hatte, sprach Kamerad Andreas (Galle) über die wirtschaftliche und sozialpolitische Lage der Bergarbeiter. Der Wirtschafter geschäftiger Produktivität der Bergarbeit und geschwächter Kaufkraft. Der Konsumkraft hat zur Folge gehabt, daß ein Fünftel der Bevölkerung bei wahren Schwestern hungert. Auf die Unterbringung der öffentlichen und privaten Fürsorge angewiesen ist. Die noch in Arbeit stehenden aber leiden unter Lohnmangel, Rutzarbeit und Entlassungen. Die letzten Wunden haben bewiesen, daß die Wirtschaftspolitik sich immer mehr zuspitzt. Mit dieser Zuspitzung geht einher eine tiefere Wirtschaftskrisis, die die Arbeiterorganisationen. Die Arbeitergeber geben zum Generalangriff auf die elementarsten Rechte der Arbeiterklasse über. Wehr denn ist es deshalb das Gebot der Stunde, daß sich die Arbeiterklasse in ihren freierwerblichen Organisationen fest zusammenschließt, damit der Angriff der vereinigten Reaktion auf das Leben und die Existenz und die Existenz der gesamten Arbeiterklasse mit Erfolg abgewehrt werden kann.

Nach Entgegennahme eines ausführlichen Berichtes über die Stilllegung der Grube Raxa-Berein sowie nach Erzielung einiger organisatorischer Angelegenheiten gelangte zum Schluß der Versammlung folgende Beschlüsse: 1. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, 2. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung der Grube Raxa-Berein und des damit verbundenen Elektrizitätswerkes, wodurch über 200 Arbeiter zur Entlassung kommen, eine von einseitigen privatrechtlichen Standpunkt aus Wirtschafspolitisch, welche aus allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Gründen zum mindesten vorübergehend verhängt werden kann und muß. In Anbetracht der Tatsache, daß die Fortführung der Anlagen in erster Linie von der geschäftlichen Wiederherstellung des im Unternehmen mit der Weg und der Verteilung angeschlossen Stromlieferungsvertrages abhängt, fordert die Versammlung von dem verantwortlichen Stellen der gemeinwirtschaftlichen Elektrizitätsversorgung der Provinz Sachsen-Kassel, daß sie in diesem Rahmen unter den sozialen Belangen Rechnung tragen und ihren Einfluß dahingehend geltend machen, daß das Wiederanfang des Betriebes ermöglicht wird, damit der Wirtschafspolitisch und die Existenzgrundlage von Arbeiterklasse mit Bewußtsein erhalten bleibt.

Ungezeichnete Angriffe gegen den Sozialdemokraten

Der Landrat schreibt uns: Herrn Direktor Rogh von der Spandauer des Sozialisten in Nr. 108 des „Krawall“ der Sozialisten gemacht worden, daß er für eine Prämie von 1000 RM angeboten bekommen habe, wenn er das Geschäft perfekt mache. Es handelt sich dabei um die

Ammerdorfer Rundschau

Ammerdorf, den 20. November.

Unsere gute alte Eiserfußbrücke steht immer noch. Sogar im Winter und nach drei Schuss, — zwei in Ammerdorf, einer in Merseburg — darüber, daß der alte Schwache Rücken der Hundertjährigen nicht etwa durch schwere Rollen ankommen wird. Man sollte sich nicht so sehr über die Brücke über die Eiserfußbrücke aufgeregt. Damit werden die einen solchen Verkehr kaum gewonnen, Straßen in einer Weise belastet, daß bei längerer Dauer die Reparaturkosten dieser Straßen in keinem Verhältnis zu denen der Brücke liegen werden. Rechnet man die Kosten der Überwindung dazu, wird das Beispiel noch einfacher. Dabei worten **2000 Arbeitslose in Ammerdorf**

auf Beschäftigung. Wenn auch die wenigsten davon bei der Renovierung der Brücke verwendet werden könnten, so würde doch die Unruhe gegenüber den Behörden, die eine so wichtige Frage bis zum nächsten Frühjahr oder noch länger hinausziehen. Die öffentliche Diskussion wurde durch Versammlungen aller Parteimitglieder in der letzten Zeit recht stark angeregt. Die KPD, verfaßt durch holländische KPD-Gruppen, hielten mehrere Versammlungen in „Leins Gasthaus“ ab. Das ist daselbst fatal bis unserer Partei 1930 zu Wahlversammlungen verweigert wurde, und von dem bei den Wahlversammlungen die Parteimitglieder nicht. Erzeugen sollen Arbeitervereine und freie Gewerkschaften wieder ihre Veranstaltungen ab ab. Und das im „rotten“ Ammerdorf!

Die Kommunisten waren natürlich besonders rührig. In Erwerbslosen, Arbeiter- und öffentlichen Versammlungen wurden unsere Genossen besonders gelobt, „Bildung“ der roten Einheitsfront.“ Es war bestimmt richtig, daß sich unsere Frontisten zur Diskussion stellen. Komme doch in der meist — erfreulicherweise — sachlichen Debatten manden Anbitteren der Unterchied zwischen der laßlichen Arbeit der SPD und den Agitationsmandanten der KPD. flagmatisch werden. Kann man aber an den eischen Willen zur Einheitsfront von Seiten der KPD glauben, so lange

Weidgenossenschaft Mettin. Auch wird ihm im allgemeinen der Vornam gemacht, daß er Provisionen für solche Privatgeschäfte nehme Herr Direktor Rogh hat, wie uns der Herr Landrat des Saalkreises mitteilt, unter seinem Eide erklärt, daß ihm ein derartiges persönliches Angebot nicht gemacht worden ist und daß er auch ein solches unter allen Umständen ablehnen würde. Auch habe er nie in derartigen Geschäften als Sportfischereidirektor Provisionen verlangt oder erhalten.

Böllbergs Wasserverordnung

Die Wegg hat mit der Gemeinde Böllberg, Wärm-Übereingekommen, den Ort mit Wasser zu versorgen. Die Stellung, die bisher am Böllbergs Weg erbetet, wird jetzt darüber hinaus verlängert. Die Arbeiten sollen möglichst beschleunigt durchgeführt werden.

Schwarz, Erhängt. Der 17jährige, beim Vätermeister Gänher beschäftigte Getelle wurde am Sonnabendabend in seinem Zimmer erhängt aufgefunden. Die Beweggründe sind ein Rätsel.

Kreis Dessau

Eilenburg

KPD-Versammlung

Freitag, den 4. Dezember, 20 Uhr, im „Kasseler“, Mitgliederversammlung: Tagesordnung: Die Internationale der Arbeiter in Wien.“ Redner: Reichstagsabgeordnete Starnum-Quauer (Leipzig). Zahlreicher Besuch aller Parteigenossen und -genossinnen wird erwartet.

Arbeiterturner in der Stadthalle

Ein Kunstturnwettbewerb der Städte Dresden — Chemnitz — Leipzig, den, wie schon gemeldet, Leipzig mit 688 Punkten vor Chemnitz mit 574 Punkten und Dresden mit 562 Punkten gewann, wurde in der Stadthalle in Eilenburg ausgetragen. Ein volles Haus zeigte davon, daß das Getriebener nicht nur in den Großstädten, sondern auch in Provinzstädten sich einer großen Beliebtheit erfreut.

Die Veranstaltung wurde eingeleitet durch eine Begrüßung der Leiter der Eilenburger Turnvereine, die durch begrüßte Genosse Reichel als Vorsitzender des Leipziger Turnbezirks die Wettbewerber und Gäste und unterrichtete die Aufgaben und Ziele des Arbeiterturners. Dann ging es in die Geräte.

Am Barren waren sich die Turner ihrer Sache durchweg sicher. Das Bestergebnis erzielte der Leipziger (Leipzig) mit der besten Leistung von 26 Punkten. Ein Red erzielten Chemnitz (Leipzig) und Dessau (Chemnitz) erreichten 25 respektive 24 Punkte. Das Pferd ist eben die schwache Stelle der Turner. Am Pferd war das Ergebnis für Leipzig 199 Punkte, Chemnitz 186 Punkte und Dresden 178 Punkte.

Ein großer Erwartung ging es an das letzte Gerät. Wie am Barren, so sind auch die Turner mit dem Pferd ab vertraut. Leider verließen sich einige Turner durch keine Verlosger einfandierten und verließen einer gewissen Nervosität, die sich auf die Ausführung der Übungen auswirkte und Verbesserung beim zweiten Versuch oftmals von vornherein ausschloß. Kellei (Leipzig) war wiederum der Beste mit 26 Punkten. Ein Red erzielten Chemnitz (Leipzig) und Dessau (Chemnitz) erreichten 25 respektive 24 Punkte. Das Pferd ist eben die schwache Stelle der Turner. Am Pferd war das Ergebnis für Leipzig 199 Punkte, Chemnitz 186 Punkte und Dresden 178 Punkte.

Der Kampf beweist, daß die Arbeiter-Turner ihrer Sache sehr gut versichert. Es dürfte sich deshalb kaum jemand finden, der vom Niedergang des Getriebenerens zu sprechen mag — das Getriebener marschiert und wird sich den ihm gebührenden Platz erobern.

Die Eilenburger Genossen hatten sich mit der Durchführung des Kampfes sehr um die Sache des Arbeiterturnes verdient gemacht. Auch das von ihnen gegebene Programm machte ihnen alle Ehre. Der Erfolg des Wettbewerbes wird ihnen selbst ein wohlverdienter Dank sein.

Wieder Reinfall der KPD.

Die vor einigen Tagen von der KPD, nach der Veranda der Stadthalle einberufene Versammlung war wieder eine große Pleite. Waren doch ganze 13 Mannlein erschienen. Die Strategen hatten besonders die Arbeiterkraft der Eilenburger Rationemanzufaktur eingeladen, um sie mit den Zielen der KPD bekannt zu machen. Die dortige Arbeiterkraft hat es aber vorgezogen, sich nicht nach versetzen zu lassen und war zu Hause geblieben. Auch nicht ein Mann der Belegschaft war erschienen, so daß die „Reinfallversammlung“ wieder geschlossen werden mußte.

die persönliche Haftungsarbeit in den Gewerkschaften, Gewerkschaften und Kulturorganisationen und den Kaufmannsgenossenschaften fortgesetzt wird?

Auf den eischen Genossenschaftlern nicht die Schwärze ins Gesicht steigen, wenn sie die letzten Einzelblätter der „oppositionellen Genossenschaftler“ zur Hand nehmen, in denen das sogenannte „Genossenschaftler-Unternehmen“ der Arbeiterkraft in einer Weise mit Schmutz bemalen können, daß nur die reaktionären Kräfte Vorteil davon haben können? Das ist ehemalige Lagerleiter und Aufsichtsratsmitglieder dabei besonders hervorzuheben, ist doppelt bedauerlich. Oder ist der Herr, daß sie den Weg der früheren „Genossenschaftler“ tringen, Partei, Schöße, also nicht in Ammerdorf oben lassen?

Die vierjährige Winterhilfe ist nun endlich im Gange. Neben einigen Keller- und Bodenlaken sind auch viel brauchbare Dinge, vor allem Kleidungsstücke, gestiftet worden. Das ist eichlich und dankbar anerkannt. Erzeugt reicht es bei weitem nicht aus, um allen Notleidenden zu helfen. Bei zunehmender Kälte wird das noch schmerzlicher werden. Besonders erkrankt ist, daß durch Geburten die

Durchführung der Kinderheftung in den Schulen möglich war für Kinder Erwerbsloser, die nach durch Gewährung von Freimitteln erkrankt sind. Bezeichnend ist, daß bei der Verteilung der Arbeitsblätter nachfolliche Schreier, die bringen am härtesten gegen das Hilfsmittel gesten, am ersten barnach drängen, um nicht zu kurz zu kommen.

Nach kurz zum Erwerbslosenlebensproblem. Auch in Ammerdorf haben sich wieder Erwerbslose Interessenten gemeldet. Es ist so selbstverständlich, daß die Durchführung von der Höhe des Reichsgeldes abhängig ist. Die in Erwägung gebrachte Erwerbslosenlebenshilfe dürfte die meisten der Bedenken der Reichsregierung nicht entpreisen. Bis zur Erzielung dieser Frage können aber die Seidungsmaßnahmen, die die SPD-Fraktion mit Forderungen bestimmen, die Gewerkschaft haben, daß die SPD dieses Problem mit größtem Interesse verfolgt und die Erwerbslosen wie bisher weitmöglichst unterstützen wird.

Die KPD-Gebenen neben außerhalb der Betriebe den Mund voll, während sie in den Arbeitsstätten schon ruhig sind. Wiesel Forderungen hat man schon in den Betriebsversammlungen der DGB, welche natürlich außerhalb des Betriebes stattfinden, angenommen. Und was ist geschehen? — Nichts! Arbeiter, laßt euch von diesen Arbeitergeschwätzern nicht irreführen, steht fest und geschlossen hinter euren Gewerkschaften, denn nur diese sind in des Lage, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und zu wahren.

Kreis Jorgau

Vater löst sein Kind in den Zoo

Am Mai 4. J. wurde auf der Straße Annaburg-Kaasdorf ein Kindermagen von einem Motorrad erlitten und dabei fünf Monate alte Kind des Bergmanns Wilhelm Bunnert, ohne festen Wohnsitz, so schwer verletzt, daß es bald darauf verstarb. Bunnert, der den Wagen pfühlich auf die falsche Straßenseite gelenkt und dadurch verunglückt wurde, wurde am 14. April vom Ergauer Schwurgericht wegen schuldiger Führung zu sechs Monate Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hob dieses Urteil jedoch auf und verwies die Sache an die erste Instanz zurück, die sich deshalb am Montag noch einmal mit dem Fall zu beschäftigen hatte. Der Staatsanwalt beantragte wegen verurteilten Vaters eine Haftstrafe von sechs Jahren, das Urteil lautete jedoch nur auf neun Monate Gefängnis.

Kreis Siebenbrunn

Eine neue Verabgerung

Wochtag. Nach den von sämtlichen Gemeinden des Kreisaußig ausgehenden Mitteilungen über die ungenügend in der letzten Sitzung der folgenden Kohlenlieferung an die Gemeinden. De dem Bergbau-Kohleninstitut vom Kreisaußig überreichige Gesamtaufstellung über den Kohlenbedarf des ganzen Kreises hat ergeben, daß mehr als die doppelte Höhe der vorgeschriebenen Kohlenmenge geliefert wird. Ob es möglich ist, die Kohlen in dieser Höhe zu beschaffen, kann nicht vorausgesetzt werden. Im Gegenteil ist zu erwarten, daß das Kohleninstitut nicht in der Lage ist, die vorgesehene Kohlenmenge an die Gemeinden abzugeben. Damit wird naturgemäß die Reduzierung der Anträge vieler Gemeinden eine unausweichliche Folge sein.

Damit ist den Erwerbslosen unter keinen Umständen geholfen. Die Kohlenlieferung ist die beste Hilfe. Wenn es auch zu dem sein sollte, daß die angegebene Kohlenmenge über das eigentlich angenommene Maß hinausgegangen ist, so lag damit beispielsweise ein Grund vor, die beabsichtigte Kohlenlieferung aufzugeben, bis die Frage gelöst ist, welche Kohlenmenge überhaupt abgeben werden soll. Den Erwerbslosen wäre vielmehr nach dem Kohleninstitut das Kohleninstitut die vorgesehene Kohlenmenge auf die Gemeinden prozentual umgelegt hätte. Dann hätte es nicht nur sein Verprechen imogehalten, den Erwerbslosen sofort zu helfen, sondern auch noch die Zeit gehabt, an die Lösung der restlichen Aufgabe heranzutreten. Wir halten es für eine Pflichtaufgabe der Kreisverwaltung, dafür Sorge zu tragen, die Frage in aller Eile im Interesse der erwerbslosen Kreisbewohner zu regeln.

Bad Siebenbrunn. Die Landwirtschaftskammer erwählen haben auch hier mit dem Elage der Kasse genehmigt, die beide Wege erobert haben und damit dem Landbund eine verdiente Lüttung für seine strahlende Leistung dieser Partei gegenüber erteilt haben. Bemerkenswert aber bei dem Wahlergebnis ist, daß die diesmal aufgestellte Liste der Kreisbewohner 625 Stimmen und damit fast gerade soviel wie der Landbund erhalten hat. Dieser Wahlerfolg beweist, daß die kleineren und mittleren Bauern in systematischer Arbeit weiter aufzurücken, damit sie endlich selbst die Geschäfte betreiben und das nicht den Grundbesitzern, die so wohl dem Landbund wie bei den Kassen tonangebend sind, überlassen.

Bad Siebenbrunn. Der Kreisbewohner Siebenbrunn hat sich um Hilfe beim Sonnabend im Generalversammlung ab. Durch große Beibehaltung ist der Umfang um 15 Prozent zurückgegangen, aber nicht mehr, als wie auch bei den anderen Genossenschaften. Durch Einsparen und gutes Wirtschaften konnten in diesem Jahr 6 Prozent Rückgewinn zur Ausschüttung, finanziell sehr der Kreisbewohner zu, da der keine Schäden vorhanden sind. Die in verfahrenen Wirtschaftsmethoden machte sich eine Bemerkung nötig; im zweiten Wahlgang wurde Schuber (KPD) gewählt.

Wahlbezirk 107. Der Bewerber für den Bürgermeisteposten für die zu besetzende Bürgermeistepostelle sind bisher 107 Bewerbungen eingegangen. Die Bewerbungsfrist läuft am 30. November ab. Eine Kommission wird die Erklärung der Bewerbungen vorzunehmen.

Gründungsfeier. 30 Jahre Freiwillige Feuerwehr. Die Freiwillige Feuerwehr von Grünauendorf feiert am Sonntag, dem 6. Dezember, das Fest ihres 30jährigen Bestehens. Die hiesige Wehr ist unter Anerkennung ihrer Leistung zu einer gut geschulten Feuerlöschtruppe herangewachsen worden.

Für Offenlegung der Steuerlisten

Eine alte Forderung

Die Offenlegung der Steuerlisten ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Da die bürgerlichen Parteien diese Forderung mit der Zeit immer unweklicher wurde, brachte sie 1929 einen Kompromißantrag ein, der die Regierung um Vorlage einer Denkschrift über die Erfahrungen mit der Offenlegung im Ausland ersuchte. Nach mehr als zweijährigen Ermittlungen hat das Reichsfinanzministerium die gewünschte Denkschrift vorgelegt.

Wenn die bürgerlichen Antragsteller im Jahre 1929 gehofft hätten, mit ihrem Antrag die sozialdemokratische Forderung auf Offenlegung der Steuerlisten zum Schweigen zu bringen, so werden sie durch den Inhalt der Denkschrift bitter enttäuscht. Das Material, das in der Denkschrift zum Ausdruck kommt, stellt im Gegenteil eine wirksame Unterstützung der sozialdemokratischen Forderung dar. Hatte man bisher geglaubt, daß die Offenlegung nur auf wenige Staaten beschränkt und auch in diesen größtenteils wieder beseitigt worden sei, so ergibt sich aus der Denkschrift, daß nicht weniger als 24 Staaten die Offenlegung der Steuerlisten für alle oder für einen Teil der Steuern durchzuführen haben. Nahezu alle Steuern werden von der Offenlegung erfaßt in Schweden und Norwegen, wo sie seit vielen Jahren besteht, sowie in Italien. Die wichtigsten Steuern — nämlich die Einkommen-, Vermögens- und Grunderwerbsteuern — werden der Offenlegung unterworfen in Österreich, der Tschechoslowakei und in Ungarn. In Frankreich ist die Offenlegung auf die Einkommensteuer, in England und in Finnland auf die Kommunalsteuer beschränkt. Ebenso verfahren gestaltet ist die Art der Offenlegung und der Kreis der Personen, die zur Einsichtnahme berechtigt sind.

Von entscheidender Bedeutung ist, daß die Erfahrungen mit der Offenlegung, über die die einzelnen Länder berichten, in der Hauptsache günstig laufen. Hatte man in Deutschland geglaubt, daß die Offenlegung zu einer Arbeitslosigkeit durch Steuerpflichtigen führen würde, so wird dieser Einwand gegen die Offenlegung von keiner der befragten ausländischen Regierungen geltend gemacht. Hatte man in Deutschland die Offenlegung vor allem im Hinblick auf die Kapitalflucht besorgt, so bringen alle Staaten in ihren Antworten zum Ausdruck, daß eine Zunahme der Kapitalflucht infolge der Offenlegung nicht zu beobachten ist. Darüber hinaus wird in mehreren Antworten ausdrücklich betont, daß sich die Offenlegung gut bewährt, zu einer besseren Verteilung der Steuerlasten, zur Hebung der Steuerermot und zur Steigerung des Steuerertrags beigetragen habe. Nur wenige Staaten gehen an,

daß die Veröffentlichung der Offenlegung nur geringes Interesse entgegengebracht habe.

Eine Ausnahme scheinen die Vereinigten Staaten von Amerika zu machen. Hier wurde die Offenlegung 1924 eingeführt, aber schon 1926 wieder außer Kraft gesetzt; angeblich soll sie nichts genutzt und nur Schäden haben. Aber alle die Einwände, die das amerikanische Schatzamt gegen die Offenlegung erhebt, sind sehr zweifelhafter Natur. Da wird geltend gemacht, daß die Offenlegung den Geschäftsmann zwingt, „jedem Konkurrenten die inneren Einzelheiten seines Geschäfts bekannt zu geben“, — eine unzulässige Hebelwirkung, denn aus den summarischen Angaben einer Steuerliste kann auch ein Konkurrent keine Geschäftsinformationen erraten. Da wird weiter geltend gemacht, daß amerikanische Presse die Offenlegung zu Entlastungsmaßnahmen mißbraucht habe, — nichtsdestoweniger werden in einem Teil der Schweizer Kantone die Steuerlisten sogar von Amts wegen als Druckschriften veröffentlicht, ohne daß dadurch das Genossenschaftsbedürfnis aufgeschwächt würde.

Von besonderer Bedeutung aber ist, daß man sich in Amerika gewöhnen gesehen hat, wenige Jahre nach der Aufhebung der allgemeinen Offenlegung der Steuerlisten eine beschränkte Offenlegung wieder einzuführen; seit 1929 werden regelmäßig die Listen der Einkommen, Steuerermittlungen und Gütersteuern zur Einsichtnahme aufgelegt. Zu dieser Maßnahme hat man sich offenbar erst bereitgefunden, nachdem in der Denkschrift schwere Angriffe gegen die Ertragsprozent des Schatzamts erhoben worden waren. Denn das Schatzamt hat gelegentlich der Einführung dieser beschränkten Offenlegung die Erklärung abgegeben, daß es nichts zu verbergen habe.

Dieser Vorgang sollte uns gerade in Deutschland zu denken geben. Die sozialdemokratische Reichsstaatsfraktion hat nicht nur die Offenlegung der Steuerlisten, sondern auch die Offenlegung der Ertragslisten und Ermittlungen seit Jahren immer wieder gefordert. Sie ist dabei stets auf den Widerspruch des Reichsfinanzministeriums gestoßen, das auch sonst jede Auskunft über seine Ertragsprozent unter Verstoß auf das Steuergeheimnis abgelehnt hat. Drängt dieses Verhalten nicht gerade dem unbefangenen Beobachter den Verdacht auf, daß unsere Finanzverwaltung eine solche Offenlegung zu scheuen habe?

Deutschland wird auf Offenlegung der Steuerlisten nicht verzichten können. Hier bietet sich nämlich ein Weg, um ohne Erhöhung der Steuerlasten, ohne Preissteigerungen, ohne Schwächung der Kaufkraft und eine neue große Einnahmequelle für die Finanzen zu erschließen. Andererseits, wie groß müssen die Steuerhinterziehungen sein, wenn die Offenlegung immer wieder an dem Widerstand der Betroffenen scheitert?

Selbstmord Schünings

Er hat sich früh in seiner Wohnung erschossen
Der Berliner Generaldirektor der Dehla, S. Schünings, der in den letzten Tagen wegen seiner ihm selbst befallenen Schlag im Sturz-Trepp im Mittelgang der Erdgeschosses stand und am Freitag durch Beschluß des Justizrats der Gesellschaft vorläufig zum Amt suspendiert wurde, hat sich Montag morgen in seiner Wohnung in Zehlendorf, Haderstraße 33, erschossen. Die Direktion der Dehla erhielt heute vormittag von der Familie die Nachricht von dem Verzeihungsrichter Schünings, der, nachdem die Dinge für ihn einen so unangünstigen Verlauf genommen hatten, offenbar keinen anderen Ausweg mehr sah.

Wahlen in Birkenfeld

Sakentreuher gewinnen auf Kosten der Landliste
Birn, 30. November. (Eigenbericht.)
In dem in der Rheinprovinz gelegenen odenburgischen Landestheil Birkenfeld wurde am Sonntag zum Landesausschuß und den Gemeinderäten gewählt. Es erhielten Stimmen zum Landesausschuß: Sozialdemokraten 2352 (Landtagswahl im Wahl: 3719), Zentrum 3793 (3498), Kommunisten 2983 (2303), Wirtschaftliche Vereinigung 780, bürgerliche Liste 920, Nationalistische 1471 (5094), Antifaschistische Gemeinschaft Saargreuzen 280, Nationalsozialisten 11 534 (8092), Staatspartei 640 (336). Die Mandate zum Landesausschuß verteilten sich wie folgt: Sozialdemokraten 3 (6), Zentrum 4 (5), Nationalistische 2 (8), Kommunisten 3 (1), Nationalsozialisten 12 (1), Antifaschistische 1 (1), bürgerliche Liste 1.
Die Nationalsozialisten haben gegenüber den abendburgischen Landtagswahlen im Mai dieses Jahres wieder etwa 3000 Stimmen und zwar ausschließlich auf Kosten der bürgerlichen Parteien, besonders der Landliste, gewonnen.
Bei den Gemeinderatswahlen in Ober-Eilat erhielten nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis: Sozialdemokraten 689 Stimmen (2 Mandate), SPD. 454 (1), Bürgerblock 838 (3), NSDAP. 2907 (12). Die Gemeinderatswahlen in Dörbern (3) ergaben (in Klammern letzte Gemeinderatswahl): Sozialdemokraten 1784 (1889), Zentrum 527 (385), Soz. Arb.-Part. 129 (—), Bürgerblock 1129 (2029), NSDAP. 1393 (—), SPD. 688 (244), Staatspartei 151 (828).

Einbruch ins Reichsversicherungsamt

40 000 M. unter abenteuerlichen Umständen geraubt
Im Reichsversicherungsamt in Berlin in der Königin-Augusta-Straße wurde am Sonntagmorgen ein riesiger Kassenbruch entdeckt. Eine Verbrechenhand, die vermutlich aus vier oder fünf Personen bestand hat, war unter abenteuerlichen Umständen in das Innere des großen Gebäudekomplexes gedrungen, brach zwei Gefängnisse auf und erbeutete für 40 000 Mark Lohngehälter, die heute an die Beamten und Angestellten des Reichsversicherungsamtes zur Auszahlung gelangen sollten. Von den Tätern fehlt jede Spur. Man vermutet, daß sich unter den Tätern ein ehemaliger Angestellter des Versicherungsamtes befunden hat.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 30. November

Wieder fest

Weggen	228-228	228-228
Gerste	189-189	189-200
Hafer	160-170	160-170
Getreide- und Anbaufuttermittel	135-150	135-150
Weggenmehl	145-148	145-148
Gerstenmehl	27,85-31,75	28,00-32,00
Hafermehl	25,75-30,00	26,00-29,00
Weggenkleie	10,00-10,20	10,00-10,20
Roggenkleie	10,00-11,00	10,00-11,00

Amliche Eiernotierungen

Preisnotierungen für Eier. Gefährdet von den amtlichen Berliner Eiernotierungsamt vom 30. November. A. 9 u. 10 Eier: Schmelzer, mittlere gefüllte über 65 Gramm 1,40 bis 1,50, über 60 Gramm 1,40 bis 1,50, über 55 Gramm 1,25, gefüllte Eier 1,25, ausverleichte kleine und Schmelzer 7-8. — B. 1 bis 10 Eier: Schmelzer über 14, über 12,50, gefüllte über 14,75, 60-65 Gramm 14, 14,75 bis 15,11, Schmelzer normale 8,25-8,75, abnehmende 8-8,50, kleine, Mittel- und Schmelzer 8,50-7,50. — C. 11 bis 14 Eier: Schmelzer 8,25-8,75, extra groß 11-11,50, große 7,75-10,20, normale 7-7,50. — D. 15 bis 18 Eier: normale 8,25-8,75. Die Preise verstehen sich in Westfalen in Stück im Vertriebe umfassen Korbenscheiter und Eiergehälter ab 1000 Eier. Preis Berlin nach Berliner Lagen. Witterung: Frost, Nebel; etwas freundlicher.

Amliche Kartoffelnotierungen

Amliche Berliner Kartoffelnotierungen für den Rest der Wagnersart 120,00; Göttinger 1,40 bis 1,50, andere Sorten (anderer Marken) 1,30 bis 1,20. Substitutionspreis für Kartoffeln 7 bis 8,50 Pfennig.

Witterungsberichte

Die Preise für Eier, Kartoffeln und Brot haben im Reichsbereich zugenommen. In den Verhandlungen des Wirtschaftsrates ist der gegenwärtige Preisindex mit dem Preisindex von 1927 in Verbindung gebracht worden. Die Entwicklung im Preisindex seit dem genannten Jahr geben wir in folgender Zusammenstellung wieder:

	Januar 1927	Dez. 1927	Nov. 1930	Nov. 1931
Gesamtpreis	144,6	151,3	153,5	131,9
Ernährung	150,1	152,6	152,6	121,8
Wohnung	104,9	125,4	130,7	120
Beleidung	144,7	146,4	152,4	149
Sonstiger Bedarf einschließlich Verkehr	150,7	165,7	154,6	131,9

Wenn man den Index vom November 1931 mit dem Index von 1927 vergleicht, so ergibt sich gegenüber Anfang 1927 ein Rückgang von reichlich 15 Proz. und gegenüber Ende 1927 ein Rückgang von nicht ganz 15 Proz. Wir behaupten, daß der Lebensstandard größer ist und daß sich unter Einfluß des Preis- und Lohnrückganges die Reallohnsteigerung in der Gegenwart haben. Das entspricht ja auch dem Bild in unserer Wirtschaft.

Ein genialer Schieber

Der Gauner von Mallorca Zum Schweinehirt zum Milliardär — Spanische Säuberungsaktion

Madrid, Ende November. (Eigenbericht.)
Selten hat wohl ein genialer Schieber existiert als Juan March, angeblich der reichste und seit Jahren der begüßteste Mann Spaniens. Seine gleichsam märchenhafte Laufbahn dürfte uns allerdings bezaubern, denn die Cortes, der Reichstag der spanischen Republik, hat den Milliardär March als seines Vorkontrollkommissars unwiderruflich aus dem Abgeordnetenhaus verwiesen. Darüber hinaus will man ihm auch den gerichtlichen Prozeß machen.

Der Weg zum Reichtum

Juan March, ein hagerer, eleganter Herr, der sich rühmt, seinen Eltern das größte Vermögen Spaniens zu hinterlassen, begann seine Karriere als Schweinehirt auf der Mittelmeerküste Mallorcas. Da er den Bauern geschickt ersah, beförderte man ihn zum Viehhändler. March, damals 19-jährig, fand aber bald heraus, daß sich mit 10 Pfennigen Monatsgehalt schlacht leben läßt und er begab sich auf den Weg des Schmuggels. Dieses Mittel erwies sich als einträglich genug, um alsbald die Gründung eines kleinen Viehhändlergeschäfts zu ermöglichen. March betrieb Bauerngüter und Verkehrswege zu wuchern. Wenn das Geld nicht im festgelegten Termin einfiel, pfändete er unvorsichtig. So erwarb er sich neben dem Ruf eines herzlichen Wuchers einen großen Reichtum an Grundstücken, den er geschickt mit erblichem Verstand weiterveräußerte und verlor. Auch auf dem Festland kaufte March jetzt Immobilien, er wagte sich sogar an Großgrün heran und tam auf die Idee, diese zu parzellieren.

Der erschlossene Sozias

Nebenbei nahm March sein altes Geschäft, den Lohschmuggel, in großem Maße wieder auf. Um den aus Afrika in eigenen Schiffen geschmuggelten Loh möglichst nutzbringend zu verwerten, baute er in Argel eine eigene Lagerfabrik. Er verkaufte seine Waren so billig an die Wuchers, daß er dem spanischen Lohschmuggel eine ungeheure Konkurrenz wurde, die man nur dadurch ausfällen konnte, daß man March zum Lohschmuggel des Monopols machte. Die Lohschmuggel dauerte jedoch nicht allzulange. Bei unregelmäßigen Schritten ertrapp, verlor man den immer Unbeliebteren.
Immer mehr Schiffe hat March an sich zu bringen gesucht. Als der Krieg ausbrach, begann er ausgedehnten Schmuggel zu treiben. Alles was nur zu Schmuggel ist, verkauft er mit Hilfe eines Sozias den kriegführenden Mächten. Aber der Wucherer wird unweklicher. March entfährt sich, kurzen Prozeß zu machen. Eines Tages wird der Sozias erschossen auf der Straße gefunden.

Bundesgenosse Primo de Rivera

Primo de Rivera, neuer Herr Spaniens, will an March ein Vermögen statuieren, um sich beim Volk zu empfinden. Er läßt gegen March die Untersuchung wegen Wuchers einleiten. Über March verliert es Primo zu befinden. Er kauft ihm 10, der Königin 6 Millionen Peseten die Untersuchung verläuft demnach ergebnislos. Primo und March verbinden sich. Die Banca March in Palma wird mit 300 Millionen Peseten Kapital gegründet, dann kauft March die Yelena Maritime, die Schiffahrtsgesellschaft von Mallorca nach dem Festland, auf. Den Mallorcaer, denen diese Linie gehört und die ihm die Aktien abtreten, verpricht er, möglichst

viele von ihnen auf den Schiffen Beschäftigung zu geben. Aber nach ein paar Monaten schon gehört die Linie nicht mehr ihm, sondern der „Transatlantischen“, der größten spanischen Schiffahrtsgesellschaft, der „Compañia Maritima“.

Nach und nach geht heftiger freier Grundbesitz auf Mallorca in Marchs Hände über. In Porto Pi auf Mallorca gründet er eine chemische Fabrik. Die ausströmenden Gase richten ungeheuren Schaden an. Die Umwohner legen bei der Regierung Protest ein. Die Regierung verweigert die Angelegenheit, und als sie endlich den Protest stillern zum Amtsort, befindet sich die Fabrik bereits mit Primos Hilfe in staatlichem Besitz, so daß nichts mehr zu machen ist.

1 Stimme — 25 Peseten + 1 Truhfahn

Um die öffentliche Meinung zu gewinnen, verleiht March jetzt die Presse zu kaufen. Da Mallorca erwirbt er „El Dia“, in Madrid die „Informaciones“. Auch „El Sol“, eine Intelligente und stark gegen ihn agitierende Zeitung verleiht er an sich zu bringen, aber hier erleidet er ein Fiasko.

Nun denkt March an einen Sieg in Cortes, um jeder möglichen Stimmungsmache gegen ihn in diesem Reichstag entgegenzutreten zu können. In Mallorca stehen er und der vielgeliebte Senator Maura auf der Wahlliste. March weiß genau, daß er legalerweise gegen Maura nicht aufkommen kann. Also kauft er die Wähler. Pro Stimme zahlt er 25 Peseten und legt, da es gerade Wahlrechtstag ist, noch einen Truhfahn darauf. So liegt er wirklich über Maura. Aber die Republik ist freier. Einer von Marchs alten Gegnern, Senator Calarza, Abgeordneter der Cortes, hat sich hohen Material gegen ihn aufgeschleppt. Er rollt den Ball March auf. March wird von überwiegender Mehrheit der Cortes gegen drei gefasste Stimmen am 5. November 1931 aus dem Hause gewiesen.

Kollege des verurteilten Alfons?

Jetzt wird March, genau wie Alfons XIII., der Prozeß gemacht werden. Diesen zwar hat man bei Ausbruch der Revolution außer Landes getrieben, aber vor kurzem ist er trotz seiner Unbeliebtheit als Landesbesitzer und Schieber zurückgelassen worden. Zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Außerdem aber hat man ihn entlassen. Da der Herr sich jedoch im Ausland befindet, kann das Urteil nicht vollstreckt werden.

Die Entwicklung des Index

Die Senkung der Löhne ist viel größer

Der Preisindex des Lebensstandards ist im Monat November weiter zurückgegangen und zwar erreichte der Reichsstatistische Amt einen Rückgang von 0,9 Proz. auf 131,9 Proz. In einzelnen mit über die Entwicklung folgendes mitgeteilt: „Der Preisindex des Lebensstandards (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 131,9 gegenüber 133,1 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,9 Proz. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,3 Proz. auf 121,8, für Bekleidung um 1,7 Proz. auf 131,9 und für „Sonstigen Bedarf“ um 0,5 Proz. auf 151,5. Die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht geändert; die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist mit 149,0 nahezu unverändert geblieben. In der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren sowie für Milch und

